

An den  
Präsidenten des Landtags Nordrhein-Westfalen  
André Kuper

Per E-Mail: anhoerung@landtag.nrw.de

12. September 2024

**Stellungnahme zum Antrag der SPD-Fraktion „NRW braucht bei der energetischen Stadtsanierung mehr Landesinitiative statt Sonntagsreden - Das „Innovation City Roll-out“ braucht deutlich mehr Tempo!“ (Drs. 18/9465)**

Sehr geehrter Herr Kuper,

ich danke sehr herzlich für die Möglichkeit, im Rahmen einer schriftlichen Stellungnahme und einer mündlichen Anhörung zu dem o.g. Antrag Stellung zu nehmen.

HANDWERK.NRW vertritt als Dachorganisation des nordrhein-westfälischen Handwerks über seine Mitglieder rund 200.000 Handwerksbetriebe und Betriebe des handwerksnahen Mittelstandes sowie weitere dem Handwerk nahestehende Organisationen und Institutionen.

**I. Grundsätzliches**

*1. Die Energie- und Wärmewende als strategisches Thema des Handwerks*

Das Handwerk begrüßt ausdrücklich das Ziel, die energetische Sanierung von Gebäuden zu beschleunigen und die Reduktionsziele bis 2045 zu erreichen. Wir unterstützen die Bemühungen für eine nachhaltige und klimafreundliche Transformation des Gebäudesektors. Die Reduzierung von CO<sub>2</sub>-Emissionen und die Förderung erneuerbarer Energien sind essenzielle Bestandteile der Klimapolitik, die auch im Handwerk eine hohe Priorität haben.

Handwerksbetriebe stehen einerseits selbst vor den Herausforderungen der Energie- und Wärmewende, andererseits sind sie als Berater, Anbieter und Dienstleister essentiell für die Umsetzung energetischer Maßnahmen. In zahlreichen Weiter- und Fortbildungskursen erweitern Handwerkerinnen und Handwerker kontinuierlich ihr Wissen. Viele haben sich dabei zum Gebäudeenergieberater/in (HWK) weitergebildet und sind somit bestens mit den Herausforderungen der Gebäudesanierung vertraut.

Rund zwei Drittel des Gebäudebestands in Deutschland wurde vor der ersten Wärmeschutzverordnung von 1977 errichtet, wodurch ein erheblicher Sanierungsbedarf in Bezug auf die wärmetechnische Ausstattung dieser Gebäude besteht. Neben dem möglichen Wechsel der Wärmequelle sind hohe klimapolitische Effekte, oft sogar bei größerer Effizienz und Effektivität, durch Maßnahmen der

Gebäudesanierung zu erwarten. Die Förderpolitik sollte hierfür offen sein, ohne bestimmte Maßnahmen einseitig zu präferieren.

## *2. Präferenz für partizipative Ansätze der kommunalen Klima- und Wärmepolitik*

Für das Handwerk, das ein zentraler Akteur des Klimaschutzes in den Kommunen ist, ist die systematische und langfristig angelegte Förderung innovativer, klimafreundlicher Lösungen von hoher Bedeutung. Auf kommunaler Ebene beispielhaft sind Initiativen wie „Klimafit Ruhr“ (in Zusammenarbeit von Handwerk Region Ruhr mit dem Regionalverband Ruhr und zur Zeit 36 Kommunen) oder die Klimapakte der Städte Düsseldorf, Duisburg, Essen oder Krefeld zu nennen. So haben beispielsweise der Regionalverband Ruhr (RVR) und Handwerk Region Ruhr seit 2018 eine dauerhafte, vertiefte Zusammenarbeit im Masterplan Klimaschutz vereinbart. Unter der Dachmarke „Klimafit Ruhr“ werden Klimaschutzaktivitäten zielgerichtet vorangetrieben. Der RVR arbeitet mit seinen Verbandskommunen, das Handwerk wird durch die Handwerkskammern Dortmund, Düsseldorf und Münster sowie den neun (oder acht laut Handwerk NRW, bitte prüfen!) Kreishandwerkerschaften der Metropole Ruhr vertreten. Aktuell liegt der Fokus auf Emissionsreduktion in den Bereichen Solarenergie und Gebäudesanierung.

## *3. Wärmeplanung als Chance für eine verlässliche und innovationsoffene Wärmepolitik*

HANDWERK.NRW hat sich bereits im Rahmen einer Verbändeanhörung zu dem Entwurf eines Landeswärmeplanungsgesetzes positioniert und wertet auch die leicht geänderte Vorlage für das Gesetzgebungsverfahren (Drs. 18/10465) trotz kleinerer Kritikpunkte grundsätzlich positiv. Das Handwerk begrüßt die kommunale Wärmeplanung als notwendiges Instrument, welches einen Fahrplan zu einer klimaneutralen Wärmeversorgung aufzeigt und so für mehr Planungssicherheit bei den Menschen vor Ort sorgt. Zu begrüßen ist an dem derzeit vorliegenden Entwurf der Landesregierung, dass sich das Gesetz im Wesentlichen auf die Aufgabenübertragung an die Kommunen und nicht inhaltlich in die vor Ort zu treffenden Planungsentscheidungen vorgibt.

Wünschenswert wäre im Sinne eines partizipatorischen Ansatzes die systematische und institutionell abgesicherte Einbindung des Handwerks und eine neutrale – also von den wirtschaftlichen Erwägungen einzelner Energieunternehmen unabhängige - Planung in Verantwortung der Kommune. Nur durch eine praxisnahe, gesellschaftlich akzeptierte und wirtschaftlich tragfähige Planung kann die Wärmewende erfolgreich umgesetzt werden. Das Handwerk ist mit seinen Kompetenzen und Kapazitäten ein unverzichtbarer Akteur der Wärmewende und muss daher fest im Planungsprozess und Initiativen im Bereich Gebäudesanierung und Energiewende intensiv eingebunden werden.

Im Sinne der Akzeptanz und Innovationsoffenheit der Wärmepolitik ist die Wahlfreiheit der Verbraucher unbedingt zu sichern. Vor diesem Hintergrund sieht das Handwerk auch die Fernwärme skeptisch. Sie mag in einigen Lagen Teil der Lösung sein, aber durch sie darf die Wahlfreiheit der Verbraucher nicht eingeschränkt werden. Die Monopolkommission hat zuletzt in ihrem XXV. Hauptgutachten deutlich aufgezeigt, wie problematisch Monopolstrukturen bei der Fernwärme auf die Preisbildung wirken.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> <https://www.monopolkommission.de/images/HG25/HG25-Gesamt.pdf>

## 4. Präferenz für die Nutzung dezentralen Wissens

Die Wärmewende wird nur dann gelingen, wenn von schematischen Lösungen abgesehen wird und wenn vor Ort und gebäudebezogen dezentrales Wissen genutzt werden kann, um die im Einzelfall beste und effizienteste Lösung zu finden und umzusetzen und dadurch Innovationsdynamiken zu ermöglichen. Angesichts des hohen Investitionsbedarfs der öffentlichen Hand ebenso wie von Privateigentümern wird die Klimawende nur gelingen, wenn im Wettbewerb der Lösungen die jeweils effizienteste Lösung zum Zuge kommen kann. Die von der Landesregierung in einem ersten Entwurf für eine Energiestrategie ausgegebene Lösung „Zentral ist besser“ wird daher vom Handwerk grundsätzlich abgelehnt. Eine vertiefte Positionierung zur Wärmepolitik hat HANDWERK.NRW zuletzt unter dem Titel „Vertrauen durch Verlässlichkeit und Wahrhaftigkeit – Wärmepolitik aus Sicht des Handwerks“<sup>2</sup> im November 2023 vorgenommen worden. Zu verweisen ist auch auf eine in Grundzügen weiterhin aktuelle Stellungnahme für eine Anhörung des seinerzeitigen Ausschusses für Heimat, Kommunales, Bauen und Wohnen aus dem Jahre 2021.<sup>3</sup>

## 5. Erfahrungen des Handwerks mit „Innovation City“

Das Projekt "Innovation City Bottrop" zeigt, wie in einer von der Kohle geprägten Region eine klimagerechte Stadtentwicklung umgesetzt werden kann. Es wurde eine Marke aufgebaut, die für eine erfolgreiche Umsetzung zum Klimaschutz und Sanierungsmaßnahmen notwendig ist. Insbesondere die Stadt Bottrop konnte sich so sehr gut positionieren und ihr Profil schärfen. Durch verschiedene Maßnahmen konnte in der Modellstadt Bottrop eine Sanierungsrate von etwa drei Prozent erreicht werden. Allerdings wurde „Innovation City“ auch mit erheblichen politischen Ressourcen unterstützt. Rückblickend konnten die Ergebnisse diesem massiven Input jedoch nicht in Gänze gerecht werden. Die teilweise kostspieligen und standardisierten Beratungsergebnisse ließen die nötige Sensibilität vermissen. Diskussionen vor Ort zeigten die eingeschränkte Nutzbarkeit dieser industriell geprägten Management-Bausteine – insbesondere für Quartiere mit kleinteiligem Immobilienbestand. Auch die bisherigen Projekte zum Roll-out setzen diesen Weg fort.

Das regionale Handwerk war in das Projektgeschehen vor Ort in Bottrop zunächst einbezogen und hat auch hiervon profitiert, im Laufe des Projekts war es aber zunehmend weniger eingebunden. Beim Roll-out hat sich die Entwicklung verstärkt, so dass es über eine formalisierte allgemeine Information so gut wie keine gemeinsame Herangehensweise mit dem zentralen Akteur Handwerk gegeben hat. Nach Rückmeldungen aus den verschiedenen Kreishandwerkerschaften wurden auch vielfach Empfehlungen in Richtung Fernwärme ausgesprochen. Betriebe von außerhalb drangen in die Geschäftsbeziehungen zwischen Hauseigentümer und Handwerker ein. Ein ursprünglich in Bottrop angelegtes Partnernetzwerk mit Handwerksbetrieben war für die Betriebe kostenpflichtig und ist seitens des Projektträgers einseitig gekündigt worden. Das Projekt war nach unserer Wahrnehmung stark von der Kooperation mit den Stadtwerken und/oder kommunalen Wohnungsgesellschaften geprägt. Hier ist nicht nur die Affinität zur Fernwärme aus Sicht des Handwerks ein Problem, sondern die derzeit in allen Teilen des Landes zu beobachtende Neigung von Stadtwerken, jenseits der zulässigen „unmittelbaren verbundenen“ Dienstleistungen auch weitergehende, nur noch mittelbar verbundene Tätigkeiten im Bereich der Gebäudeausrüstung oder -sanierung zu erbringen und teilweise zu diesem Zwecke auch Handwerksunternehmen zu erwerben.

<sup>2</sup> <https://www.handwerk.nrw/themen/positionen/waermepolitik/>

<sup>3</sup> <https://www.handwerk.nrw/themen/stellungnahmen/waermewende/>

Jede Investitionsmaßnahme für die Wärmeversorgung oder in Energieeffizienz muss sorgfältig abgewogen werden, um sicherzustellen, dass sie praktikabel und wirtschaftlich vertretbar ist. Nordrhein-Westfalen mit seinen 427 Kommunen weist große regionale Unterschiede – nicht nur im Gebäudebestand – auf. Daher sind Maßnahmen zur energetischen Gebäudesanierung auch nicht überall gleichermaßen erfolgreich oder sinnvoll. Ebenso wenig gibt es für die Wärmequellen der Zukunft Standardlösungen, die die heterogenen Gegebenheiten unseres Bundeslandes überall gerecht werden könnten. Es ist daher wichtig, dass die Kommunen in eigener Verantwortung und unter Nutzung eigenen Wissens unterschiedliche Ansätze verfolgen können, um die Reduktionsziele bis 2045 oder gar früher zu erreichen und dabei möglichst kosteneffiziente Lösungen finden.

## II. Zum Antrag im Einzelnen

### *1. Dezentralität der Lösungen statt Roll-out von Standardlösungen!*

Das Modell der „Innovation City Bottrop“ konnte zeigen, dass durch gezielte Maßnahmen erhebliche Energieeinsparungen und CO<sub>2</sub>-Reduktionen erreicht werden können. Daher kann ein landesweiter Rollout, dem sich Kommunen freiwillig anschließen können, sinnvoll sein. Allerdings muss dabei sichergestellt werden, dass die Besonderheiten der unterschiedlichen Kommunen berücksichtigt werden. Ohne Rücksicht auf lokale Gegebenheiten könnten Ziele verfehlt werden und zu ineffizienten und kostspieligen Maßnahmen führen. Es ist daher wichtig, dass jede Kommune die Wahlfreiheit hat, ob und in welchem Umfang sie sich an solchen Initiativen und Rollouts beteiligt. Das Land NRW sollte lediglich ein Angebot schaffen und den Kommunen die Flexibilität lassen, ihre Maßnahmen entsprechend ihrer individuellen Gegebenheiten und Bedürfnisse zu gestalten. Es ist zweifelhaft, ob dieses Modell für alle Städte gleichermaßen passt. Auch der Zeitraum, in denen die Kommunen entsprechende Quartiere identifizieren sollen, erscheint uns etwas sehr kurzfristig. Zentral ist es dabei, die lokalen Kernakteure noch stärker zusammenzuführen. Das Handwerk als starker Partner der Beratung und Umsetzer einschlägiger Maßnahmen muss erheblich stärker eingebunden werden. Standardlösungen bergen die erhebliche Gefahr, dass gerade dieses nicht oder zu wenig erfolgt.

### *2. Kommunale Wärmeplanung ermöglichen, aber nicht bevormunden!*

Die Forderung, klare Leitlinien zur energetischen Modernisierung des Gebäudebestands im Rahmen der Novelle des Klimaschutzgesetzes sowie des in Planung befindlichen Landesgesetzes zur kommunalen Wärmeplanung zu fassen, ist aus Sicht des Handwerks bereits auf dem Weg. Das Wärmeplanungsgesetz, soweit es uns als Entwurf aus der Verbändeanhörung bekannt, klärt wesentliche Rahmenbedingungen für die kommunale Wärmeplanung, ohne inhaltlich der kommunalen Willensbildung vorzugreifen vor. Das Landeswärmepfungsgesetz (LWPG) sollte daher keine zusätzlichen Leitlinien aufnehmen, die vom Wärmeplanungsgesetz des Bundes abweichen. Das LWPG sollte sich so eng wie möglich an das Bundesgesetz halten, um zusätzliche Bürokratie zu vermeiden. Zugleich sollte die Landesregierung darauf achten, dass sie bei der Erstellung einer Energiestrategie nicht untergesetzlich doch Lösungen präferiert, auf die hin die Kommunen ihre Planung inhaltlich ausrichten sollen.

### *3. Von den Eigentümern herdenken und private Investitionsbereitschaft erhöhen!*

Der geforderte Rollout erfordert erhebliche finanzielle Mittel, welche aufgrund der aktuellen Haushaltslage schwer abzubilden sind. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass hohe Investitionskosten und komplexe Antragsverfahren häufig abschreckend wirken. Viele Eigentümer sind nicht in der Lage, die hohen Kosten für energetische Sanierungen allein zu tragen. Eigentümer und Mieter dürfen dabei nicht überfordert werden. Steuerliche Anreize sind daher notwendig, um die Sanierungsrate zu erhöhen. Zudem sollten die Förderprogramme so gestaltet sein, dass sie kontinuierlich zur Verfügung stehen, einfach zugänglich und bürokratiearm sind und die Eigentümer nicht zu ineffizienten Lösungen verleitet. Aus Sicht des Handwerks sollte daher die Förderung klar an der Erreichung von messbaren Einsparzielen orientieren, aber keine Entscheidungen über bestimmte Investitionen in Wärmequelle oder Energieeffizienzmaßnahmen beeinflussen wollen. Ein großes Hemmnis aus Sicht der Eigentümer, die investieren sollen, und des Handwerks, das beraten soll, sind die Kurzatmigkeit, die Inkonsistenz und die Unberechenbarkeit von Regulatorik und Förderung. Es führt zu Frust und Rückzug der Akteure, wenn die planerischen Grundlagen für Investitionen, die sich auf Jahrzehnte rechnen sollen, nicht verlässlich sind. Mehr Konstanz und Konsistenz der politischen Rahmenbedingungen würde die Investitionsbereitschaft spürbar erhöhen.

### *4. Bestehende Strukturen und Netzwerke stärken statt überlagern!*

Der Vorschlag, Kommunen ähnlicher Größenordnungen besser zu vernetzen und einen Best Practice Austausch zu fördern, erachten wir als sinnvoll. Dadurch können wertvolle Erfahrungen und erfolgreiche Modelle in die Breite getragen werden. Das stärkt die kommunalen Strukturen und fördert die schnelle Umsetzung von Maßnahmen. Hierbei sollte aber auch darauf geachtet werden, welche Strukturen und Vernetzungsmöglichkeiten es schon gibt. Der Antrag formuliert treffend, dass Programme, wie „Prima.Klima.Ruhrmetropole“, „Klimafit Ruhr“ oder diverse Klimapakte ausgebaut und unterstützt werden sollten. Es ist sinnvoll, bestehende Strukturen zu stärken, da solche Programme bereits erfolgreich in der Region oder Kommune implementiert wurden, aber im Konkreten oft an Finanzierungshemmnissen leiden, die sich aus den vorhandenen Förderinstrumenten ergeben. Daher könnte aus unserer Sicht ein landesweiter Rollout bestehende Initiativen und deren Arbeit konterkarieren.

### *5. Etablierte Strukturen der Beratung und Vernetzung nutzen!*

Die Schaffung einer Stabsstelle, welche allein für die Umsetzung des Rollouts der Innovation City verantwortlich ist, ist nach unserer Auffassung nicht zielführend. Eine solche Maßnahme würde erhebliche Kosten verursachen, ohne einen angemessenen Nutzen zu bieten. Es ist zu befürchten, dass die Stabsstelle hauptsächlich bürokratische Prozesse vorantreibt und damit Ressourcen bindet, die besser in die direkte Förderung von Sanierungsmaßnahmen fließen sollten. Problematisch wäre daran auch, dass sich die Strategie des Landes dann auf dem Knowhow lediglich eines Projektträgers abstützen würde. Statt eine neue Bürokratieebene einzuführen, sollte der Fokus auf der effizienten Nutzung bestehender Strukturen und einer verstärkten Zusammenarbeit mit den betroffenen Branchen gelegt werden.

Zu verweisen ist darauf, dass es mit e4c bereits eine Landesagentur gibt, die den Kommunen als Ansprechpartner für Beratung und Vernetzung zur Verfügung steht. Nach unserem Eindruck benötigen die Kommunen nicht noch mehr Beratung und Koordination, sondern vor allem mehr finanzielle

Spielräume, um vor Ort Netzwerke kommunaler Klimapolitik zu betreiben und private Investitionstätigkeit durch verlässliche Rahmenbedingungen zu ermutigen. Das Land könnte sich zudem auf Bundesebene stärker einbringen, damit die vielen hektischen und widersprüchlichen Wechsel in der Regulatorik und den Förderstrukturen für die Energiewende vermieden werden und insgesamt ein stärker regelbasiertes und auf echte Preissignale abzielendes Ordnungsdenken klimapolitisch wirksam wird.

Mit freundlichen Grüßen



Prof. Dr. Hans Jörg Hennecke  
Hauptgeschäftsführer